



FDP

Fraktion
Region Hannover

27. Mai 2008

**Aktuelle Stunde 27.05.2008:
Armutsbericht der Bundesregierung
Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke**

Herr Vorsitzender! Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ein so komplexes Thema in fünf Minuten abzuhandeln, ist wirklich eine Kunst. Wenn wir heute dennoch in der Regionsversammlung über Armut diskutieren, obwohl das ja eigentlich ein Thema des Bundes ist, so sollten wir zunächst einmal definieren oder erläutern, was wir unter diesem Begriff in Deutschland verstehen. Es handelt sich auch im Armutsbericht um eine relative Armut, die sich aus dem Durchschnittseinkommen deutscher Familien ableitet. Wer einen bestimmten Prozentsatz dieses Durchschnittswertes unterschreitet, gilt als arm. Das hat nichts mit dem zu tun, was wir alltäglich abends im Fernsehen aus armen Ländern der Dritten Welt sehen. Unser Sozialstaat hat solche Entwicklungen in der Vergangenheit verhindert und wird das auch in Zukunft tun. Da habe ich volles Vertrauen.

Das Durchschnittseinkommen liegt in Deutschland höher als in vielen anderen Ländern und damit auch der Beginn der Armut. Es geht bei uns deshalb um die Fragen: Wie können wir Menschen, die in einer so definierten Armut leben und damit von wesentlichen Teilen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind, eine Teilhabe hieran ermöglichen? - Es geht um gleiche Bildungschancen. Es geht um die Chance, über eine qualifizierte Ausbildung einen auskömmlichen Job zu erlangen und darüber in die Mittelschicht aufsteigen zu können. Darum geht es - um nicht mehr, aber auch um nicht weniger. Deswegen ist das ein wichtiges Thema.

Die Region Hannover hat mit einem hoch defizitären Haushalt, wenn überhaupt, nur mit freiwilligen Leistungen punktuell zu reagieren. Ein Beispiel dafür ist der Antrag zur Einrichtung eines Schulmittelfonds, den wir heute beschließen werden. Sicherlich wäre es wünschenswert, bedürftigen Menschen über die Leistungen des Bundes hinaus zusätzlich Hilfen zu gewähren. Die hohen Defizite in unserem Haushalt und die Auflagen der Kommunalaufsicht grenzen unsere Möglichkeiten stark ein.

Man könnte jetzt ganz allgemein – Bodo Messerschmidt hat das getan - über Ansätze für ein auskömmliches Nettoeinkommen der Familien diskutieren. Da wählen Sie in der SPD den Weg über den Mindestlohn. Wir wählen einen anderen Weg, nämlich, dass wir bei geringen Einkommen die Lohnsteuer ganz auf Null setzen, dass wir bei den indirekten Steuern das, was zum täglichen Leben benötigt wird, heruntersetzen. Sie müssen bitte bedenken, dass bei den Preissteigerungen, die ja den Hartz-IV-Empfängern weh tun, der Staat kräftig mitkassiert - bei Strom 40 %, bei Benzin etwa 70 %.

Hier wären - das übersteigt natürlich die fünf Minuten Redezeit in einer solchen Diskussion - unterschiedliche Modelle zu diskutieren immer mit dem gleichen Ziel, ein auskömmliches Nettoeinkommen zu erzielen.

Ein völlig anderes Problem ist die Höhe der Sozialausgaben. Im Haushalt sind diese seit 1998 von 93 Milliarden € auf 141 Milliarden €, d. h. um 52 % gestiegen – und das bei abnehmender Arbeitslosigkeit. Bodo Messerschmidt hat die Zahlen genannt. Das sollte jeder einmal zur Kenntnis nehmen.

Die Bundesregierungen, gleichgültig welcher Couleur, haben alle finanziellen Anstrengungen im Sozialbereich unternommen. An der Höhe der Transferleistungen allein kann es offensichtlich nicht liegen, vielmehr an der Effizienz der staatlichen Leistungen.

Wir alle kennen die Aussage von Eltern: Unseren Kindern soll es einmal besser gehen. - Das setzt voraus, dass die Kinder auch die Chance erhalten, aufsteigen zu können. Hier ist nicht nur der Bund, sondern sind auch wir als Region gefordert. Langzeitarbeitslose und Beschäftigte, die nicht über ausreichende schulische Bildung, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie über die heute notwendige Lernbereitschaft und Flexibilität verfügen, laufen stärker und früher Gefahr, dauerhaft aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen zu sein und damit auch ihre Familien. Insofern kann nur eine verbesserte Bildungspolitik das Armutsproblem lösen. Denn daraus erwachsen wiederum bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Hierzu ein Beispiel: Ein hannoversches Maschinenbauunternehmen hat heute Aufträge für mehrere Jahre im Voraus, kann sie jedoch in angemessener Zeit nicht abarbeiten, weil ihm das qualifizierte Personal fehlt. Würde mehr ausgebildetes Personal in technischen Berufen zur Verfügung stehen, dann könnte es dort sofort eingestellt werden.

Eine Arbeit zu haben, ist und bleibt deshalb der Dreh- und Angelpunkt. Der Scholz-Bericht der vergangenen Woche konstatiert hierzu: Haben die Eltern Arbeit, sinkt das Armutsrisiko auf nur noch 4 % der Haushalte mit Kindern. - Das ist so zumindest ermittelt worden.

Wenn aber Arbeitslosigkeit die Hauptursache von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, dann muss sich eine sozial gerechte Politik vorrangig an der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Integration Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt orientieren. Das ist schwer genug. Das wissen wir alle.

Deshalb wollen wir als FDP Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der Region Hannover fördern, damit auskömmliche Beschäftigung neu entstehen kann. Dies ist eine wesentliche Grundbedingung für mehr Teilhabe und Verwirklichungschancen der meisten Menschen. Es gibt ihnen – was ganz wichtig ist - das Selbstbewusstsein zurück, in dieser Gesellschaft gebraucht zu werden. Darin sehen wir neben einigen marginalen Korrekturen der

Bundespolitik - wie Schulbeihilfen, über die wir nachher sprechen werden - den entscheidenden Beitrag der Region Hannover zur Bekämpfung der Armut. Dazu sind wir sogar vom Regionsgesetz verpflichtet.

Hier ist uns der Antragsteller, das Linksbündnis, ganz konkret in unserem Aufgabenbereich jede Antwort schuldig geblieben. Mit Anträgen für ständige Mehrausgaben für Transferleistungen bei einem hoch defizitären Haushalt der Region bekämpfen Sie nicht Armut, sondern schaffen Sie eher neue Armut, zumindest für die nächste Generation. Deshalb lehnen wir diese Politik des Linksbündnisses entschieden ab.